Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38 u. in den Ankündigungsannahmestellen v. Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11-1/2 1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif.
Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; Doppelzeile unterm Strich (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montage oder nach Feiertagen 30 Pf., für Familiennachrichten 2c. 20 Pfg. — Auswärtige Aufträge bis 30 Pf. — nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

# Dresdner Nachrichten

43. Jahrgang.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Curt Heinsius Kgl. Hofl. Dresden-N., Kurfürstenstr., Ecke Tieckstrasse, Fernspr.-A. II. 2100. Mehrjährige Garantie. 8 Mal prämiirt, 80,000 Stück in Function. Kostenfreie Probe.
Geräuschlose Thürschliesser. Mit doppelter Luftentleerung. Gewaltsames Schliessen schadlos.

Closets & Badeartikel in grösster Auswahl billigst! Friedrich Gappisch Königl. Sächs. Hoflieferant. DRESDEN-A. Marienstr. 11, gegenüber 3 Raben. Fabrik: Fischhofplatz.

R. Beyer Papier-Fabrik-Lager Papier-Grosshandlung Am See 16 parterre u. I. Etg. Bedeutendstes Lager aller Sorten Druck-, Schreib- u. Canzleipapiere, Schulliniaturen, Behördenpapiere, Couverts und Pappen, Pergamente, Seiden- und Packpapiere aller Formate und Rollen, sowie aller in das Fach einschlagender Artikel. Gelegenheitsposten. — Billigste Preise. — Promptests Bedienung.

Alle technischen Waaren von Gummi u. Asbest Dichtungen, Stopfbüchsen-Packungen, Schläuche, Walzen, Klappen, Wasserstandsgläser, Oeler liefert sofort Gummifabrik Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 38 Tel. 205

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et. Beleuchtungs-Gegenstände für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Fächer für Tanzstunde, Theater und Ball empfiehlt in allen Preislagen C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17. Annenstr. 9.

**Nr. 336.** Spiegel: Ausweisungen in Preußen. Hofnachrichten. Rentabilität der Staatsbahnen. Konfessionswechsel in Sachsen. Gesammtrathssitzung. Feuerwehr. „Reise in's Märchenland". | Muthmaßl. Witterung: Trocken, heiter. | **Dienstag, 6. Dezember 1898.**

## Politisches.

Ueber die Bedeutung und Tragweite der befremdlichen Antwort, die der österreichische Ministerpräsident Graf Thun auf die czechisch-polnische Interpellation wegen der Ausweisungen aus Preußen ertheilt hat, wird voraussichtlich im ungarischen Abgeordnetenhaus Aufschluß gegeben werden. Der Abgeordnete Franz Kossuth hat diese Antwort zum Gegenstand einer Anfrage an den Ministerpräsidenten Baron Banffy gemacht. Die Berechtigung der Anfrage ergiebt sich aus der Gemeinsamkeit der auswärtigen Angelegenheiten für die beiden Hälften der habsburgischen Monarchie. Der Führer der äußersten Linken des ungarischen Reichstags theilt die allgemeine Auffassung, daß durch die Thun'schen Erklärungen die Festigkeit und Innigkeit der auswärtigen Beziehungen angetastet werde, deren unveränderte Erhaltung Ungarn mit aller Kraft anstrebe. Er erklärt es für die Pflicht der Budapester Regierung, dagegen Einspruch zu erheben, daß aus Gründen und zu Zwecken der inneren österreichischen Politik die Grundlage der gemeinsamen auswärtigen Politik gefährdet werde.

Der Kernpunkt des durch die Thun'schen Erklärungen herbeigeführten Zwischenfalles betrifft die Frage, ob und inwieweit eine Uebereinstimmung zwischen der Auffassung des österreichischen Kabinetschefs und des gemeinsamen auswärtigen Ministers Grafen Goluchowski besteht. Graf Thun hatte sich bei der Versicherung, daß er eventuell dem Grundsatze der Reciprocität entsprechende Maßnahmen in Anwendung bringen werde, ausdrücklich auf das volle Einvernehmen mit der gemeinsamen Regierung berufen. Zwei Möglichkeiten liegen vor: entweder besteht das Einvernehmen thatsächlich im vollen Umfange, so daß die Retorsions-Androhung, durch die die Festigkeit und der Fortbestand des Bündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn in Frage gestellt werden, auch die Billigung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten gefunden hat, oder das von dem Grafen Thun behauptete Einverständniß mit dem Grafen Goluchowski erstreckt sich nur auf denjenigen Theil der Rede, durch den die unveränderte Erhaltung des Bündnisses mit Deutschland nicht berührt werden kann. Im ersten Falle würde nicht sowohl der österreichische Ministerpräsident, sondern der gemeinsame Minister des Auswärtigen die volle Verantwortung für die auf die czechisch-polnische Ausweisungs-Interpellation ertheilte Antwort tragen. Franz Kossuth hat diese Möglichkeit in seiner Interpellation in's Auge gefaßt, indem er unter der Voraussetzung, daß die Thun'schen Erklärungen unter vorausgegangener Zustimmung des Grafen Goluchowski erfolgt sind, die ungarische Regierung vor die Frage stellt, ob sie in der ungewöhnlichen Drohung, die Graf Thun im Einvernehmen mit dem Grafen Goluchowski gebrauchte, nicht eine Gefahr für die Innigkeit des Dreibundes erblicke. Aus der Beantwortung dieser Frage durch den ungarischen Ministerpräsidenten wird vor Allem zu entnehmen sein, ob der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen in der That in der Lage ist, die Thun'schen Erklärungen in ihrem vollen Umfange und in ihrer ganzen Tragweite zu vertreten. Denn es besteht die wohlbegründete Gepflogenheit, daß in den Parlamenten der beiden Reichshälften Auskünfte und Auslassungen über Angelegenheiten, welche die auswärtige Politik berühren, nur nach vorheriger Verständigung mit der gemeinsamen Regierung erfolgen. Nun ist es zwar gerade Baron Banffy gewesen, der von dieser Gepflogenheit vor drei Jahren abgewichen ist; es handelte sich damals um einen Konflikt mit dem Minister des Auswärtigen Grafen Kalnoky. Aber im vorliegenden Falle kann der ungarische Kabinetschef naturgemäß zu der Kossuth'schen Interpellation nicht Stellung nehmen, ohne sich vorher zu vergewissern, ob und inwieweit sich die Auffassungen des Grafen Goluchowski mit denen des Grafen Thun decken.

Ein volles Einverständniß zwischen dem Leiter der cisleithanischen Regierung und dem Leiter der auswärtigen Politik ist indeß wenig wahrscheinlich. Graf Goluchowski hat bisher die deutsch-österreichische Bündnißpolitik in so loyaler und entschiedener Weise vertreten, daß nicht einzusehen ist, wie er plötzlich dazu kommen sollte, die Gesammtinteressen des habsburgischen Reiches, deren Wahrnehmung ihm obliegt, czechisch-polnischen Sonderbestrebungen und den Augenblicksbedürfnissen des Wiener Ministerpräsidenten unterzuordnen. Er hat sich als kluger weitblickender Realpolitiker bewährt, der sich schwerlich der Einsicht entzogen haben wird, daß die Gegensätze, die zwischen der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns und den innerpolitischen Verhältnissen Cisleithaniens obwalten, nicht verschärft, sondern gemildert werden müssen. Dem Vernehmen nach soll Graf Goluchowski dieser Erkenntniß während des Badeni'schen Regiments Ausdruck gegeben haben und folgerichtig würde er sich in dem vorliegenden Falle verpflichtet fühlen müssen, von dem Standpunkt seines Ressorts aus gegen die Divergenz Stellung zu nehmen, wie sie zwischen der auswärtigen und der inneren Politik in Oesterreich infolge der Thun'schen Erklärungen zur Erscheinung gekommen ist. Eine solche Stellungnahme liegt vielleicht bereits vor: der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin v. Szögyeny hat in der Ansprache, die er bei der Jubiläumsfeier gehalten hat, in beinahe demonstrativer Weise die Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche betont. Er nannte das Bündniß fest und innig und wohlbegründet für ewige Dauer. Solche Worte würde im gegenwärtigen Augenblick der Botschafter, der dem Minister des Auswärtigen unterstellt, sicherlich nicht gebraucht haben, wenn er sich nicht bewußt wäre, daß er sich in voller Uebereinstimmung mit seinem Chef, dem Grafen Goluchowski, befindet. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß Herr v. Szögyeny einer direkten Anregung des Auswärtigen Amtes in Wien entsprochen hat, als er so nachdrücklich den unvergänglichen Werth des deutsch-österreichischen Bündnisses politisch hervorhob.

Dürfte somit der Geist der Thun'schen Rede mit der bei der gemeinsamen österreichisch-ungarischen Regierung herrschenden Auffassung nicht in Einklang zu bringen sein, so würde der österreichische Kabinetschef die Verantwortung für seine gegen Preußen bez. Deutschland gerichtete Kundgebung allein zu tragen haben. Von dieser Verantwortung wird Graf Thun selbstverständlich auch dann nicht entlastet, wenn man, was mehrfach geschieht, annimmt, daß sich der Minister der vollen Tragweite seiner provokatorischen Aeußerungen nicht bewußt gewesen ist, sondern sich aus Interesse für seine czechisch-polnische Sonderpolitik und aus Rücksicht auf die Wirkung seiner Erklärungen auf die Parlamentsmehrheit zu Worten hat fortreißen lassen, deren Folgen er vielleicht jetzt selbst bereut, weil er die Grenzen, die ihm durch die auswärtige Politik gezogen sind, weit überschritten hat. Es wird seine rhetorische Ungeschicklichkeit als Milderungsgrund angeführt; es geht von ihm das geflügelte Wort, daß er am besten rede, wenn er schweige. Darauf ist entgegenzuhalten, daß ein Ministerpräsident unter allen Umständen so viel Selbsterkenntniß besitzen muß, um sich der Schranken seiner oratorischen Leistungsfähigkeit bewußt zu sein. Graf Thun hätte Zeit genug gehabt, seine Erklärungen Wort für Wort genau abzuwägen und insbesondere mit größter Gewissenhaftigkeit zu ermessen, ob sie geeignet sein könnten, den Leiter der auswärtigen Politik, auf dessen volles Einverständniß er sich so ausdrücklich berufen hat, zu kompromittiren. Das Letztere ist geschehen und damit hat Graf Thun seine Unzulänglichkeit als Leiter der Regierung und Rathgeber der Krone dargethan. Die Beantwortung der Kossuth'schen Interpellation dürfte erkennen lassen, ob inzwischen auch in der Wiener Hofburg die Erkenntniß dieser Unzulänglichkeit zum Durchbruch gekommen ist. Der Schwerpunkt der habsburgischen Monarchie liegt in Budapest; eine entschiedene Mißbilligung der Thun'schen Erklärungen durch die ungarische Regierung würde voraussichtlich den Sturz des gegenwärtigen österreichischen Ministerpräsidenten zur Folge haben.

## Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 5. Dezember.

Berlin. Der Kaiser hat, wie aus Potsdam gemeldet wird, für den Frühling eine Einladung des Königs Humbert von Italien zum Besuch Italiens angenommen. Die Kaiserin wird sich an der Reise nicht betheiligen. — Der zweite Sohn des Prinzen Heinrich, Prinz Waldemar, ist in Kiel an einer Halsentzündung erkrankt. Geh. Rath Professor v. Bergmann weilte gestern in Kiel, um gemeinschaftlich mit Geh. Rath v. Esmarch eine Operation an dem jungen Patienten vorzunehmen. Als der Kaiser davon Kenntniß erhielt, wollte er Abends selbst dorthin fahren und nahm erst dann Abstand, als ihm gemeldet wurde, daß das Befinden des Patienten sich erheblich gebessert habe; auch heute hält die Besserung an. Zur Pflege des Prinzen ist die Prinzessin Battenberg, eine Schwester der Prinzessin Heinrich, in Kiel eingetroffen. — Der Kaiser hat dem Gouverneur von Deutschostafrika, Generalmajor Liebert, persönlich den rothen Adlerorden 2. Klasse mit Krone und Schwertern überreicht. — Die vom Sultan dem Kaiser zum Geschenk gemachten Geschütze sind in 25 Kisten hier eingetroffen und dem Zeughaus überwiesen worden, wo sie voraussichtlich in Gegenwart des Kaisers ausgepackt und aufgestellt werden. Die Geschenke bestehen in einem türkischen Feldgeschütz mit Lafette und einem türkischen Berggeschütz mit den dazu gehörigen Sätteln für die Maulthiere, auf welchen diese die Geschütze im Gebirge fortschaffen. Beiden Geschützen ist die betreffende Munition beigefügt. — Der als Präsident des Reichstags in Aussicht genommene Centrumsabgeordnete Professor Freiherr v. Hertling in München hat einen Ruf als ordentlicher Professor an die Universität Bonn erhalten. Ob er den Ruf annehmen wird, ist noch zweifelhaft. — Bei der heutigen Landtags-Ersatzwahl im 2. Berliner Wahlkreis wurde Redakteur Goldschmidt (freis. Volksp.) gewählt. — Wie nachträglich bekannt wird, überreichte am Freitag, als die katholische Geistlichkeit, mit dem Delegaten Probst Neuber an der Spitze, am Hauptportal der Hedwigskirche das Kaiserpaar erwartete, Vice-Oberceremonienmeister Graf Kanitz dem Delegaten, im Namen des Kaisers, einen aus Olivenholz, welches im Garten Gethsemane gewachsen ist, geschnitzten Rosenkranz, den der Kaiser für den Delegaten aus Palästina mitgebracht hat. — Offiziös wird geschrieben, der am 16. Juni gewählte Reichstag tritt morgen zu seiner ersten Tagung zusammen. Wichtige Aufgaben, über welche die morgende Thronrede authentischen Aufschluß bringen wird, harren seiner auf fast allen Gebieten der Gesetzgebung. Es wird eifriger Schaffenslust, aber auch eines weisen Maßes der Selbstbeschränkung bedürfen, wenn die Volksvertretung die Arbeiten erledigen will, die ihr zugedacht sind. Die verbündeten Regierungen und das deutsche Volk dürfen sich aber wohl der Erwartung hingeben, daß der Reichstag, seiner Stellung und Aufgabe bewußt, sich mit den anderen gesetzgebenden Faktoren zu einem ersprießlichen Wirken zusammenfinden wird, für welches das Wohl des Vaterlandes Richtschnur und Ziel ist. — In Breslau hat unter Leitung des Präsidenten der deutschen Kolonialgesellschaft, des Herzogs-Regenten Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, eine Sitzung des Gesammtvorstands der Deutschen Kolonialgesellschaft stattgefunden, in welcher der Präsident über die Ausführung der letzten Beschlüsse berichtet hat. Die Wohlfahrts-Lotterie zum Zwecke des deutschen Schutzgebietes hat bereits die Mittel für einige wichtige koloniale Aufgaben gegeben, so konnten 20,000 Mk. zur Unterstützung der Uebersiedelung deutscher Frauen und Mädchen zur Verfügung gestellt und erhebliche Mittel zur Beförderung des Dampfers „Hedwig v. Wißmann" nach dem Tanganyika bereit gestellt werden. Der Antrag der Abtheilung Stettin zum Baue der evangelischen Kirche in Dar-es-Salaam einen Beitrag zu bewilligen, wurde abgelehnt, um von vornherein konfessionelle Erörterungen in der Gesellschaft auszuschließen.

Kiel. In Neumünster fanden gestern Abend Zusammenrottungen statt. Die durch die Polizei nicht zu bewältigenden Tumultuanten demolirten die Tonhalle und die Reichshallen, dann zogen sie nach dem Tivoli. Es wurde Militär requirirt, welches mit blanker Waffe einschreiten mußte, sodaß zahlreiche Verwundungen erfolgten.

Hamburg. Die „Hamb. Nachr." enthalten eine Korrespondenz aus Stuttgart, welche die Angaben der Blätter über das von der Cotta'schen Verlagsbuchhandlung für Bismarck's Memoiren gezahlte Honorar als übertrieben bezeichnet und mittheilt, daß für den Band nur 100,000 Mk. festgesetzt seien, und zwar ein für alle Mal, sodaß alle pekuniären Ergebnisse aus Uebersetzungen und späteren Auflagen ausschließlich und ohne Einschränkung dem Verlag vorbehalten bleiben.

Wilhelmshaven. Die seit dem Orkan am Freitag vermißten Torpedoboote „S 41" und „S 47" sind heute Morgen eingetroffen.

Stuttgart. Das Kaiserpaar sandte an den Prinzen Hermann von Sachsen-Weimar ein herzliches Beileidstelegramm. — Der einbalsamirte Leichnam der Prinzessin Auguste liegt inmitten von Hunderten von Blumen- und Kranzspenden. Die Beisetzung erfolgt Dienstag Nachmittag. — Die erkrankte Mutter des Königs, Prinzessin Friedrich von Württemberg, hatte eine schlechte Nacht.

Wien. Oesterreich-Ungarn wird demnächst, wie in militärischen Kreisen verlautet, ein neues Armeekorps aufstellen. — Der ungarische Ministerpräsident Baron Banffy wird, nach einem von oppositionellen ungarischen Blättern verbreiteten Gerüchte bis zum 15. Januar im Amte bleiben und dann durch den gegenwärtigen Ackerbauminister Daranyi ersetzt werden.

Paris. Senat. Der Berichterstatter Morellet schlägt vor, den Antrag Waldeck-Rousseau in Erwägung zu ziehen, welcher empfiehlt, dem Kassationshof das Recht beizulegen, die Vertagung aller Strafverfolgungen zu verfügen, welche der eingeleiteten Revision Hindernisse bereiten könnten. Morellet beantragt die Dringlichkeit des Antrages. Der Ministerpräsident Dupuy widerspricht der Dringlichkeit. In namentlicher Abstimmung wird hierauf die Dringlichkeit mit 129 gegen 125 Stimmen abgelehnt.

Paris. In Regierungskreisen wird die durch den ehemaligen Deputirten Deloncle begonnene Agitation zur Ausdehnung der französischen Unterrichtspropaganda über das gesammte Sudangebiet und die unerwartet heftige Opposition der leitenden englischen Kreise gegen diese, hier als rein kulturell hingestellte Propaganda lebhaft erörtert. Unter dem Eindruck dieser neuesten englischen Unfreundlichkeit werden einige bemerkenswerthe Verschiebungen innerhalb des ersten französischen Armeekorps bekanntgegeben, welche mit der eifrig betriebenen Errichtung von Schutzwerken für Boulogne und Dünkirchen zusammenhängen.

Rom. König Humbert empfing heute Vormittag die Präsidenten beider Kammern und nahm von ihnen die Antwortadressen auf die Thronrede entgegen. In der Erwiderung auf die Adresse des Senats hob der König hervor, der Senat betheilige sich wirksam am Leben der Nation; Italien, die überzeugte Beschützerin des Friedens, stehe in herzlichen Beziehungen zu allen Nationen. Nach anderen Meldungen hielt der König bei dem Empfange der Parlamentskommission eine Ansprache, in welcher er die Hoffnung ausdrückte, daß sämmtliche Parteien an der Hebung des Landes kräftig mitarbeiten würden, sodann betonte der König das Vertrauen in die Unerschütterlichkeit der Friedensallianz und schloß, indem er seine Befriedigung darüber aussprach, daß die Beziehungen Italiens zu gewissen Mächten sich erheblich gebessert hätten. — Zwischen Italien und Rußland wird über den Abschluß eines Handelsvertrags verhandelt.

Rom. Deputirtenkammer. Der Präsident machte Mittheilung von der Ansprache, welche der König bei der Entgegennahme der von der Kammer in Beantwortung der Thronrede ihm überreichten Adresse gehalten hat. In derselben betont der Monarch die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten, die Tüchtigkeit des Heeres und der Flotte, sowie die unlösbare Festigkeit der Allianzen, welche eine Bürgschaft für den Frieden zu Lande und zu Wasser seien.

Rom. Die Kammer genehmigte mit 166 gegen 15 Stimmen das Darlehn für Kreta.

Madrid. Unmittelbar nach dem Friedensschlusse wird ein Rothbuch veröffentlicht werden. Sagasta wird dann der Krone die Vertrauensfrage stellen und wenn, wie anzunehmen ist, dem Ministerium ein Vertrauensvotum ertheilt wird, werden die Cortes zum 7. Januar einberufen werden. Dem „Liberal" zufolge geht aus gewissen Erklärungen des Generals Weyler hervor, daß zwischen Sagasta, Romero Robledo und Weyler eine Verständigung im Gange sei, und daß die Wirkungen derselben nach dem Friedensschluß sich zeigen würden.

London. Nach einer „Times"-Depesche aus Philadelphia erbot sich der Generaldirektor des Panama-Kanals, Hutin, im Laufe einer Unterredung mit dem Staatssekretär Hay, den Kanal an die Vereinigten Staaten für 130 Mill. Doll. zu verkaufen. Werde das Anerbieten abgelehnt, so werde der Kanal vollendet und fremden Kriegsschiffen geöffnet werden und in Wettbewerb mit dem Nicaragua-Kanal treten. Dies wurde dem Präsidenten mitgetheilt, welcher Hutin eine kurze Audienz gewährte, es aber ablehnte, dessen Anerbieten oder der damit verknüpften Drohung Gehör zu schenken.

Wilna. In der großen Strumpfwaarenfabrik von Bloch, welche 250 Arbeiterinnen beschäftigte, brach heute Feuer aus. Dasselbe griff so schnell um sich, daß die im zweiten Stock befindlichen Arbeiterinnen, da die Treppen in Flammen standen, aus den Fenstern springen mußten. 15 Arbeiterinnen blieben auf der Stelle todt, 30 andere wurden schwer verletzt.

Die heutige Berliner Börse setzte mit gut behaupteten Kursen ein im Anschluß an die günstigen Tendenzberichte von den meisten auswärtigen Plätzen und auf weitere Erleichterung der Geldverhältnisse am Geldmarkt. Aus Hamburg wird gemeldet, daß dort von London 67 Kisten Gold eingetroffen sind, wovon 32 Kisten für die Reichsbank bestimmt sind. Im weiteren Verlauf befestigte sich die Haltung noch mehr auf günstige Berichte vom rheinisch-westfälischen Montanmarkte. Es fanden größere Käufe in Bergwerksaktien statt, das Geschäft war heute reger, das Privatpublikum soll mit größeren Kaufaufträgen am Markt gewesen sein. Banken behauptet, theilweise etwas höher. Eisenbahnen still, aber fest, besonders Ostpreußen, Dortmund-Gronauer und Marienburger, ferner Franzosen und Canada-Pacific. Bergwerke sehr fest, Laurahütte, Bochumer und Dannenbaum prozentweise höher. Renten fest, Argentinier steigend, heimische Fonds still, aber gleichfalls fest. Privatdiskont 5 Prozent. — Am Spiritus-Markt herrschte für Termine große Realisationslust, sodaß die Preise um 1 Mk. zurückgingen. Auch Locowaaren nachgebend. Es wurde bezahlt für 70er 38,90, für 50er 58,1 Mk. Im Getreide-Verkehr war die Haltung fest. Am Frühmarkt trat

Meine Frau sagt: Triumph-Seife ist doch die beste — für Wäsche und Haushalt!